



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Materialien zur Polenpolitik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Materialien zur Polenpolitik

Die Rolle der polnischen Geistlichkeit im Kampfe um den Boden beleuchtet folgende Notiz des „Przewodnik Katolicki“ (Posen), Nr. 36 vom 8. September 1918. „In der Stadt Budzin mit 2200 Einwohnern kann sich ein polnischer Gärtner niederlassen. Die Lage ist eine zuträgliche an der Bahnstrecke Posen—Schneidemühl. Außerdem wird ihm die Pflege des Kirchhofes gegen ein Entgelt von 600 bis 800 M. jährlich zugesichert. Es ist ferner eine Wirtschaft von einem evangelischen Deutschen bei Budzin an der Chaussee käuflich. Die Wirtschaft ist etwa 300 Morgen groß und der Morgen kommt auf etwa 500 Mark zu stehen. — Schließlich ist eine 180 Morgen große Wirtschaft, 7 Kilometer von der Stadt entfernt, zum Preise von 118 000 Mark zu erwerben. In diesen Sachen wollen sich Reflektanten durch die Redaktion des „Przewodnik Katolicki“ an den Unterzeichneten wenden. Geistlicher Stachowiak, Budzin, Bezirk Bromberg.“

Die Warschauer Polenparteien und die polnische Frage. In einem Warschauer Brief der Krakauer „Nowa Reforma“ (Nr. 386 vom 4. September 1918) heißt es: „Was aber die Lösung der polnischen Frage selbst anbelangt, so überwiegt im nationalen Zentrum und im Schoße der polnischen Demokratie folgende Meinung: die österreichisch-polnische Lösung wäre von allen gegenwärtig möglichen Lösungen bei der gegenwärtig politischen Konjunktur unzweifelhaft die beste. Jedoch steht ihr der entschiedene Widerstand Deutschlands im Wege und macht sie problematisch. Der Widerstand gegen diese Lösung ist gegenwärtig weit größer als vor einem Jahre, ja sogar als vor einem halben Jahre. Aus diesem Grunde ist ein weiteres Festhalten an dieser Lösung für uns gewagt und zwar aus folgenden Gründen: 1. wir haben keine Gewißheit, ja nicht einmal die Wahrscheinlichkeit, daß sich diese Lösung später durchführen ließe; 2. es könnte uns eine andere Lösung, die zwar weniger günstig ist, aber immerhin unserem Volke neue Ausichten der Entwicklung bietet, unmöglich gemacht werden.“

Die Deutschen halten daran fest, daß sie im Falle der österreichisch-polnischen Lösung einige Westkreise des Königreichs ihrem Staate einverleiben werden. Bei einer anderen Kombination hingegen werden sie im Westen nichts vom Königreich wegnehmen und als Austausch für vier Kreise des Gouvernements Suwalki sind sie bereit, das Gouvernament Grodno und vielleicht noch etwas mehr an das Königreich abzutreten.

Außerdem versprechen die Deutschen im Falle dieser zweiten Lösung, mit der Berufung des Erzherzogs Karl Stephan auf den Thron, uns die Verwaltung zu übergeben, die beiden Okkupationen aufzuheben, sich selbst nur die militärische Oberaufsicht vorzubehalten und sich mit der Aufstellung eines polnischen Heeres von einigen zehntausend Mann einverstanden zu erklären.

Durch die zweite Lösung der polnischen Frage würde also der Bau des polnischen Staates bedeutend vorwärts gebracht werden. Das Königreich würde seine Westgrenze behalten und seine Ostgrenze weiter vorschieben. Alles dies würde schon vor Beendigung des gegenwärtigen Krieges geschehen, wodurch unsere Stellung bei den allgemeinen Friedensverhandlungen bedeutend gestärkt werden würde.

Die Ablehnung dieser Vorschläge würde uns noch nicht die Sicherheit gewähren, später eine Lösung im polnisch-österreichischen Sinne zu erlangen. Natürlich würde das Verbleiben Galiziens außerhalb des polnischen Staates mit großem Schaden für das Volk verknüpft sein. Es entsteht aber die Frage, wie die von deutscher Seite gemachten Schwierigkeiten zu überwinden wären. Gegen diese zweite Lösung erklärt sich die Liga des polnischen Staatswesens, die damit rechnet, daß in einem Jahre die Deutschen in der Angelegenheit des polnischen Staates nichts mehr zu sagen haben werden.

Ein Teil der Mitglieder des zwischenparteilichen Klubs spricht sich gegenwärtig, wenn auch zunächst leise, für die österreichisch-polnische Lösung aus. Dies ist jedoch durch-

aus kein Zeichen irgendeiner Ernüchterung oder einer erwünschten Meinungsänderung auch nur eines Teiles seiner Mitglieder, sondern es verrät nur den Wunsch, die Verständigung zwischen dem Königreich Polen und Deutschland zu verhindern."

Zur österreichisch-polnischen Lösung schreibt Studnicki im „Warschauer Goniec“ (Nr. 231 vom 7. September 1918): „Die Anhänger einer österreichisch-polnischen Lösung beginnen unter dem Vorwand der Verteidigung der Selbständigkeit zu behaupten, daß der Wille des polnischen Volkes in einem Entschluß des Landtages zum Ausdruck kommen muß. Die Anhänger der Entente stimmen darin überein. Nach dem Landtag rufen alle diejenigen, die nicht wollen, daß der Aufbau des Staates vorwärts schreitet, daß wir ein für die äußere Politik so bedeutungsvolles Organ, wie es der eigene König ist, erlangen. Sie rufen nach dem Landtag zwecks Wahl des Königs, wie sie nach dem Landtag zwecks Bildung der Armee gerufen haben, da sie wissen, daß der Landtag eine Unmöglichkeit ist. Für die österreichische Lösung treten einige österreichische Agenten in unserem Lande ein, einige Freimaurer, die eigentlich nicht die österreichische Lösung, sondern eine Obstruktion im Aufbau des polnischen Staates wünschen und sich der österreichischen Lösung als einer obstruktiven Idee bedienen, während es im Grunde Agenten der Entente sind. Ich gehöre selbst zu den aufrichtigen Freunden Österreich-Ungarns, ich muß jedoch politische Erscheinungen vom Standpunkt unserer und nicht österreichischer Interessen beurteilen. Im gemeinsamen Interesse wäre ich froh gewesen, wenn die obstruktive Idee einer polnisch-österreichischen Lösung so bald wie möglich von der Tagesordnung verschwände.“

Der „Kurjer Polski“, Warschau Nr. 212 vom 5. September 1918 schreibt unter der Überschrift „Verständigung mit Galizien“: „Kraukau befürchtete, daß der Aufenthalt des Prinzen Nadziwill im Hauptquartier der Anfang einer politischen Aktion werden könnte, die in ihrem weiteren Verlauf mit Galizien nicht rechnen würde. . . Nach den ausführlichen Unterredungen in Kraukau wird

bereits sicherlich keine Grundlage für Aufregungen und Beunruhigungen vorhanden sein. . . Die Politik der polnischen Regierung muß den Umstand berücksichtigen, daß alles, was im Interesse des Königreichs unternommen werden würde, in gewichtiger Weise auf die Lage Galiziens zurückwirken wird. Ohne vorherige Lösung der Frage: Was wird dann mit Galizien? kann nichts hinsichtlich des Königreichs unternommen werden. . . Es ist vom polnischen Gesichtspunkt aus also nicht richtig, das zu trennen, was politisch eng miteinander verbunden ist. Diese richtigen Ausführungen wurden von der polnischen Regierung nicht in Betracht gezogen, und, wie wir sehen, blieb die Verständigung zwischen den leitenden politischen Faktoren des Königreichs und Galiziens völlig erhalten. . . Die Verständigung zwischen Galizien und dem Königreich muß heute andere Formen haben wie damals, als das oberste Nationalkomitee mit den politischen Gruppen im Königreich sich verständigte. Die polnische Regierung ist ein Faktor, dem schon jetzt eine selbständige und überwiegende Rolle zufällt. . . In Kraukau wird sicherlich gegenwärtig gern verstanden werden, daß von Seiten der Vertreter der königlich-polnischen Regierung keine allzu gewagten Schritte auf eigene Faust und eigene Verantwortung zu befürchten sind, die weder diese Meinungen im Königreich, noch die Ansichten Galiziens berücksichtigen.“

Eine neue Verschwörung wurde nach dem „Kraukauer Naprzod“ (Nr. 194 vom 4. September 1918) in Warschau entdeckt: „Die Warschauer Miliz hat eine Verschwörung gegen den Geistlichen Chelmiccki aufgedeckt. Der Hauptorganisator war der berüchtigte Dieb und Sekretär des Ministers Dr. Chodzko — Joseph Szadczyk, der Held der letzten Diebesaffären im Ministerium für öffentliche Gesundheitspflege und in der Kontrollstelle für Bäckereien beim Magistrat in Warschau. Szadczyk organisierte eine Verschwörung, bestehend aus 5 Personen, die den von radikalen Aktivisten gehaltenen Prälaten Chelmiccki erschießen sollten. Zum Zwecke der Verschwörung gegen den Geistlichen Chelmiccki waren 10 000 M. ausgesetzt.“